



Auch wenn die Gebühren neue Bücher finanzieren: Die Studierenden sind unzufrieden FOTO: AP PHOTO/JENS MEYER

Schwarzbuch Studiengebühren

Studie: Hohe Unzufriedenheit mit Uni-Maut. Studenten gründen Gebührenzahlerbund

STUTTGART taz ■ Am liebsten wäre Franz Boszak, die Studiengebühren würden wieder abgeschafft. Deutschlandweit. Aber der 24-jährige Luft- und Raumfahrttechnikstudent aus Stuttgart ist Pragmatiker und weiß, dass das derzeit unrealistisch ist. „Im Moment haben wir Studiengebühren“, sagt Boszak. „Also wollen wir uns wenigstens dagegen wehren, dass mit ihnen Schindluder getrieben wird.“

Zusammen mit 20 Mitstreitern hat Boszak in Anlehnung an den Bund der Steuerzahler den „Bund der Studiengebührenzahler“ gegründet, der sich an diesem Freitag in Stuttgart vorstellt. Wie das prominente Vorbild plant der Bund der Studiengebührenzahler ein Schwarzbuch, in dem die vermeintliche Verschwendung von Studiengebühren in allen Bundesländern aufgelistet wird, die in den vergangenen zwei Jahren das Bezahlstudium eingeführt haben.

Derzeit müssen in den von der Union regierten Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland die Studierenden Gebühren

bezahlen, meist 500 Euro pro Semester. In Hessen haben SPD, Grüne und Linke die Gebühren in der vergangenen Woche wieder abgeschafft.

Die Mehrzahl der Studierenden ist äußerst unzufrieden, wie die Universitäten bisher ihre Gebühren verwendet haben, wie eine Umfrage der Universität Hohenheim zeigt, die am Donnerstag veröffentlicht wurde. Demnach sehen drei Viertel der Befragten keine Verbesserung der Situation an den Hochschulen seit Einführung des Bezahlstudiums. Für die Umfrage wurden 6.150 Studierende an allen 54 Universitäten befragt, die zum Sommersemester Gebühren erhoben haben. Die Verwendung ihres Geldes beurteilten sie auf einer Skala von eins bis sechs im Schnitt mit einer 4,55 und damit deutlich schlechter als noch im vergangenen Jahr.

Im Schwarzbuch des Studiengebührenzahler-Bundes soll nun angeprangert werden, wenn mit dem Geld der Studierenden nur ohnehin überfällige Hörsaalsanierungen finanziert werden. Oder wenn anstatt neuer nur bereits bestehende Tutorien aus

dem Gebührentopf bezahlt werden. Oder wenn das Geld in der Verwaltung versickert, anstatt wie von den Wissenschaftsministern der Länder versprochen einer Verbesserung der Lehre zugutezukommen.

Der Bund der Studiengebührenzahler möchte aber nicht nur schwarzmalen. „Wir wollen nicht nur dastehen und sagen: Studiengebühren sind böse“, sagt Mitgründer Franz Boszak. Als Ergänzung zu einem Schwarzbuch könne es auch ein Weißbuch geben, das die positiven Folgen der Gebühren beleuchtet: Längere Öffnungszeiten in den Bibliotheken, neue Bücher oder Tutoren, die tatsächlich zusätzlich eingestellt wurden.

„Bei uns soll sich jeder wiederfinden, ganz egal ob er für oder gegen Gebühren ist“, sagt Boszak. Auch Unternehmer seien als Fördermitglieder durchaus willkommen. Schließlich, sagt Boszak, „wollen die Unternehmer gut ausgebildete Leute, sie sollten also auch ein Interesse an der sinnvollen Verwendung der Gebühren haben.“

MATTHIAS SANDER

www.bdsz.de